Bericht über die Entwicklung in Polen

April 1958

	Seite:
A. Innere Entwicklung	1
I. Politische Ereignisse	1
1) Verschärfung der Lage in Polen	1
2) GOMULKA vor den Gewerkschaften	3
II. Wirtschaft	10
1) Konzessionspflicht für private Initiative	10
2) Landaufkauf und -zerstückelung	10
3) Wirtschaftliche Entwicklung von Ostpreußen	11
4) Arbeitsprobleme in der Kohlewirtschaft	12
III. Kulturelle und soziale Probleme	13
1) Der Fall HLASKO	13
2) Auflage der Pressepublikationen	14
B. Polen und Ausland	15
1) GOMULKA distanziert sich von der Hetze gegen Jugoslawien	15
2) Sowjetischer Staatsbesuch in Polen	17
3) Polnisch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen	19

- - - - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Verschärfung der Lage - wie man es in Warschau sieht

Zur gegenwärtigen Lage in Polen schrieb uns ein polnischer Journalist aus Warschau den folgenden Beitrag, den wir - ohne uns in jedem Punkt damit zu identifizieren - diesem Bericht vorausschicken:

"Seit mehr als einem halben Jahr zeichnet sich in Polen eine Entwicklung ab, die man als den langsamen Abbau der Errungenschaften des Oktobers 1956 bezeichnen muß. Eine Kampagne gegen den Revisionismus, Schließung der Zeitschrift 'Po Prostu', brutales Vorgehen gegen die Proteste der Studenten, nicht weniger brutale Maßnahmen gegen den Streik der Lodzer Straßenbahner, verschärfter Druck auf die Presse: Das sind nur einige Beispiele dafür, daß man nicht immer die Positionen hielt, die im Oktober 1956 bezogen wurden. Der April 1958 brachte einige neue, wichtige Ereignisse, die deutlich darauf hinweisen, daß man sich auf vielen Gebieten von der Oktober-Linie entfernt.

Dies ist eine Feststellung von Tatsachen, die niemand bestreiten kann. Man darf sie nicht übersehen, wenn man einen klaren Blick für die heutige Lage in Polen haben will. Die derzeitige Entwicklung in Polen enthält schon viele Momente, die manchen voreiligen Beobachtern zu einer eindeutigen Verurteilung der Politik GOMULKAs verführen könnte. Dieser Verurteilung müßte man sich anschließen, hätte man es im Falle Polens mit einem unabhängigen Staat zu tun, der vollständige Bewegungsfreiheit besitzt. Die besondere Lage Polens, über die schon so viel gesprochen und geschrieben wurde, erlaubt aber solche voreiligen Urteile nicht.
Alles, was seit dem Oktober 1956 geschah, vermag bis jetzt eine entscheidende Tatsache nicht zu ändern: Polen ist unter allen Ostblockstaaten derjenige, in dem der Durchschnittsbürger die größten Freiheiten besitzt, und wo jeder vor der Willkür der staatlichen Organe noch am besten geschützt ist. Das darf nicht außer acht gelassen werden, wenn man die jetzige Linie der Partei- und Staatsführung in Polen beurteilt.

Es wäre ungerecht, Gomulka zu verdächtigen, er beabsichtige einen Abbau aller Oktobererrungenschaften. Ein hohes Maß an Charakter und Konsequenz, das er in seiner Vergangenheit gezeigt hat, zeugt für ihn. Seine Politik nach dem Oktober 1956 musste aber in mancher Hinsicht Korrekturen unterzogen werden, weil er an der Spitze eines Staates steht, der einmal von der UdSSR und ihren Satelliten eingeschlossen ist, und zum anderen, weil die innere Lage dieses Staates auch alles andere als stabil ist. Der Druck Moskaus, hinter dem stets die Drohung einer Intervention steckt, und der Grad der politischen Reife seines eigenen Volkes, das sind zwei

Faktoren, die in starkem Maße die Politik GOMULKAs mitbestimmen.
Ob er diese Faktoren immer richtig einschätzt, das ist eine andere Sache.

Aus vielen Ausführungen Gomulkas lässt sich unschwer entnehmen, daß er von der politischen Reife des polnischen Volkes nicht allzuviel hält. Zum Ausmaß des sowjetischen Druckes hat er sich verständlicherweise nie geäussert. Dies kann nur an den Konzessionen gemessen werden, zu denen sich Gomulka zugunsten der Sowjets gezwungen sah.
Es besteht ein berechtigter Verdacht, daß Gomulkas Konzessionsbereitschaft in vielen Fällen für die Sowjets eine Überraschung war, und daß sie diese heute in immer größerem Maße ausnützen. Man kann in diesem Zusammenhang von einem taktischen Fehler Gomulkas sprechen, aber keineswegs von einem Verrat am 'polnischen Oktober'.
Der vergangene Monat hat in mancher Hinsicht eine Verschärfung der Lage in Polen gebracht. In einer Rede vor dem Kongreß der polnischen Gewerkschaften erklärte Gomulka, daß er in Zukunft alle Streiks der polnischen Arbeiter als ungesetzlich betrachten wird. Weiter hat er eine Maßnahme angekündigt, die praktisch eine Ausschaltung der wichtigsten Errungenschaft des Oktobers - der Arbeiterräte - bedeutet. Diese Räte, die in einzelnen Produktionsbetrieben errichtet wurden und ein Instrument der Arbeiterselbstverwaltung waren, sollen jetzt der zentral geführten Gewerkschaftsorganisation und den Parteikomitees untergeordnet werden. Das bedeutet , daß diese selbständigen, dezentralisierten Organe jetzt zu Befehlsempfängern des Staats- und Parteiapparates degradiert werden sollen.

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik der Partei haben auch die Scharfmacher die Oberhand bekommen. Ein führender Schriftsteller der jungen Generation, Marek Hlasko, der unerschrocken das elende Dasein eines einfachen Menschen in Polen dargestellt hat, wurde als ein Verbündeter der Imperialisten angeprangert. Der Kultusmunister Karol Kuryluk, der liberalisierende Tendenzen vertrat, und vor ganauzwei Jahren auf diesen Posten berufen worden war, wurde am letzten Apriltag abgesetzt. Auf einem Gebiet konnte sich Gomulka halbwegs erfolgreich dem sowjetischen Druck erwehren. Polen hat gegenüber Tito nicht die Haltung eingenommen, die man von Moskau gewünscht hat. Die parteiamtliche 'Trybuna Ludu' distanzierte sich stark von der Hetze, die man aus Anlaß des Parteikongresses in Laibach in allen Ostblockstaaten gestartet hat.

Ähnlich wie im Herbst vergangenen Jahres, als Polen sich weigerte, in Moskau eine Resolution zur Ungarnrevolution zuzustimmen, hat Gomulka auch in diesem Falle sehr viel Standhaftigkeit gezeigt. Gomulka scheint genau zu begreifen: Trägt Polen dazu bei, den jugoslawischen 'Weg zum Sozialismus' zu verdammen, so hat es damit ein Urteil gegen sich selbst, gegen alles, was vom Oktober noch geblieben ist, unterzeichnet. Die Konsequenz, mit der sich Gomulka gegen den massiven Druck aller anderen Ostblockstaaten wehrt, ist ein weiterer Beweis dafür, daß er nicht kapitulieren will, daß er nicht behbsichtigt, den Oktober zu verraten."

2) GOMULKA vor den Gewerkschaften

"Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften werden stets von dem Gesellschaftssystem umrissen, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben. Vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse ist immer ausschlaggebend, in wessen Hand sich die Produktionsinstrumente befinden. Im kapitalistischen System haben die Arbeiterklasse und ihre Organisationen keinerlei Einfluß auf die Verteilung des geschaffenen Sozialproduktes. Der Arbeiter erzeugt und der Kapitalist verteilt die Früchte seiner Arbeit. Auf die Verteilung dieser Proportion kann allein der Kampf der Arbeiterklasse Einfluß nehmen. Zu diesem Zweck benötigt sie die Gewerkschaften. Das Wesen des sozialistischen Systems besteht darin, daß die Arbeiterklasse nicht nur das Sozialprodukt erzeugt, sondern daß sie selbst auch sein Besitzer ist und die Frucht ihrer Arbeit unter sich aufteilt. Je größer diese Frucht ist, desto mehr erhält jeder ihrer Miterzeuger.

Nur müssen die Arbeiterorganisationen gemeinsam mit dem Volksstaat dafür Sorge tragen, daß diese Aufteilung gerecht vor sich geht, daß jeder, der direkt oder indirekt am Herstellungsprozeß beteiligt ist, auch seinen Teil erhält nach dem im Sozialismus geltenden Prinzip: Jedem nach seiner Leistung.

Das beweist, wie grundsätzlich sich die Aufgaben der Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern und in den sozialistischen Ländern voneinander unterscheiden, obwohl die Gewerkschaften hier wie dort den Interessen der Arbeiterschaft dienen sollen.

Wir wollen den Lebensstandard der schaffenden Menschen weiter heben, um den Ankündigungen gemäß eine 30 %-ige Erhöhung der Reallöhne im laufenden Fünfjahrplan zu erreichen. Wir wollen und können nicht zulassen, daß die weitere Hebung des Lebensstandards auf Kosten einer weiteren Kürzung des Teils des Nationaleinkommens erfolgt, der für Investitionen bestimmt ist.

Im Gegenteil, wir müssen diesen Prozentsatz erhöhen. Dies verlangt die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus der ökonomischen Basis. Wenn gleichzeitig die Investitionen erhöht und der Lebensstandard der werktätigen Massen gehoben werden sollen, dann muß das Nationaleinkommen so vergrößert werden, daß es für das eine wie das andere ausreicht. Die Erhöhung des Nationaleinkommens mit der derzeitigen ökonomischen Basis ist hauptsächlich von drei Faktoren abhängig:

Erstens von einer Erhöhung der Zahl der unmittelbar am Prozeß der Erzeugung der materiellen Güter beteiligten Personen, was bedeutet, daß ein bestimmter Teil der mit Hilfsarbeiten und in der Verwaltung Beschäftigten in den direkten Produktionsprozeß überführt wird.

Zweitens - von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität jedes Beschäftigten.

Drittens - von einer Senkung der anderen Produktionskosten, also der Material - und Rohstoffkosten durch Beseitigung der Material- und Rohstoffverschwendung.

Die vergesellschafteten Produktionsbetriebe sind Eigentum des ganzen Volkes und somit auch Eigentum der in ihnen arbeitenden Belegschaften. Dies bedeutet, daß die Belegschaften durch ihre Organisationen das Recht zur Mitwirkung an der Leitung ihrer Produktionsbetriebe, d.h. zur Beaufsichtigung und Kontrolle der Tätigkeit der Verhaltung haben.

Es muß bemerkt werden, daß das Prinzip der Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe häufig Mißverständnisse aufkommen lässt. Manche verstehen diesen Grundsatz so, daß die Produktionsbetriebe unter die administrative Verwaltung durch die Arbeiter fallen. Solche Überlegungen sind unrichtig. Die Leitung bezw. Mitwirkung der Arbeiterklasse an der Leitung der Produktionsbetriebe beruht in ihrem Wesen auf einer Kontrolle und Beaufsichtigung der Arbeitsweise der Betriebsverwaltung. Die Kontrollausübung und Aufsicht ist also eine Form der Mitwirkung der Arbeiterklasse an der Leitung der Produktionsbetriebe. Aus jedem Recht ergeben sich aber auch bestimmte Pflichten. Aus dem Recht auf die Mitwirkung an der Leitung der Produktionsbetriebe ergibt sich die Pflicht, sich um bestmögliche Produktionsergebnisse dieser Betriebe zu kümmern.

In dem Bestreben, die Befugnisse der Arbeiterklasse bei der Mitwirkung an der Leitung der Produktionsbetriebe zu erweitern, wurde die Institution der Arbeiterräte ins Leben gerufen. Nach Angaben des Zentralrates der Gewerkschaften sind bisher etwa 5.600 Arbeiterrätegegründet worden.

Seit ihrer Bildung sind . eineinhalb Jahre verstrichen. Aufgrund der positiven Arbeitsergebnisse vieler Arbeiterräte können wir feststellen, daß diese Institution gut ist, und daß sie ihre erste Bewährung bestanden hat. Die eineinhalbjährige praktische Tätigkeit der Arbeiterräte, die als organisatorische Form der Arbeiterselbstverwaltung gedacht sind, hat gleichsam den Beweis erbracht, daß sich die Arbeiterselbstverwaltung in dieser Form nicht voll offenbaren kann. Wenn wir also sagen, daß diese Institution der Arbeiterräte die Probe bestanden hat, so bedeutet das noch lange nicht, daß man mit dieser Institution als einer organisatorischen Form der Arbeiterselbstverwaltung vollends zufrieden sein kann. Diese Form ist noch recht unvollkommen, was zur Ursache einer schwachen Lebensfähigkeit eines großen Teiles der Arbeiterräte geworden ist. Bisher war es so, daß Arbeiterräte und Arbeiterselbstverwaltung einen Begriff darstellten. Der Begriff Räte war ein Synonym des Begriffes Selbstverwaltung. Dazu kam es, weil die Idee der Arbeiterselbstverwaltung theoretisch auf den Rahmen der Arbeiterräte reduziert und in diesem Rahmen eingeschlossen wurde.

Arbeiterselbstverwaltung das ist ein weiter Begriff. Die Arbeiterklasse hat außer den Arbeiterräten noch ihre Organisationen in Gestalt der Partei und der Gewerkschaften. In den Produktionsbetrieben bestehen die Betriebsparteikomitees und die Betriebsräte. Diese Organisationen können nicht aus der Arbeiterselbstverwaltung ausgeklammert werden. Eine Arbeiterselbstverwaltung, die nur auf die Arbeiterräte beschränkt bleibt, muß hinken, muß ein anämisches Leben fristen. Außerdem begünstigt das die Entstehung von Reibungen und Mißverständnissen zwischen den Arbeiterräten und Betriebsräten. Eine falsche Theorie gebiert gewöhnlich eine zweite falsche Theorie. Die Ausklammerung der Betriebsräte aus der Arbeiterselbstverwaltung hat die falsche Konzeption aufkommen lassen, die Aufgaben der Betriebsräte ausschliesslich auf Probleme der Lebensverhältnisse der Belegschaft zu reduzieren, d.h. auf den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse, während die Probleme der Produktion und der Betriebsleitung die alleinige Kompetenz der Arbeiterräte sein sollten. Das Begrenzen der Arbeiterselbstverwaltung auf die Arbeiterräte erschwert auch den Betriebskomitees die Wahrnehmung der führenden Rolle der Partei im Produktionsbetrieb. In Anbetracht dessen haben viele Betriebsparteikomitees den Bereich ihres Interesses an der Produktion und am Produktionsbetrieb auf das sogenannte Inspirieren der Arbeiterräte eingeengt. Ohne Unterstützung der Betriebsräte und der Parteiorganisationen können die Arbeiterräte ihre organisatorisch-technischen Funktionen nicht richtig wahrnehmen, und umso weniger die gesellschaft-erzieherischen.

Diese Funktionen kann man wiederum nicht trennen, weil sie miteinander verflochten sind und ihr Funktionieren wechselseitig bedingen.

Die Praxis hat gezeigt, daß eine organisatorische Trennung dieser beiden Funktionen der Arbeiterselbstverwaltung, d.h. die Übertragung der organisatorisch-technischen Aufgaben den Arbeiterräten und der gesellschaftlich-erzieherischen den Betriebsräten, unreal ist. Der krasseste Beweis dafür waren die kurzfristigen Streiks, die in einigen Betrieben wegen der Verteilung des Betriebsfonds stattgefunden haben.

Die eineinhalbjährige Erfahrung mit der Tätigkeit der Arbeiterräte läßt den Schluß zu, daß die Arbeiterselbstverwaltung auf einer breiteren Basis aufgebaut werden muß. Man kann sie nicht in den Rahmen der Arbeiterräte einschliessen. Sie muß durch die Betriebsräte und Betriebskomitees erweitert werden.

Das ZK der Partei unterbreitet den Vorschlag, in allen Produktionsbetrieben, in jenen also, in denen Arbeiterräte und auch in jenen, in denen bisher noch keine Arbeiterräte gegründet wurden, eine neue gesellschaftliche Institution des Betriebes ins Leben zu rufen, die man Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung nennen könnte. Ständige Delegierte der Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung sollten alle Mitglieder des Arbeiterrates, des Betriebsrates und des Betriebsparteikomitees sein. Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung sollte zu einer übergeordneten Instanz des Arbeiterrates werden. Dem Präsidium des Arbeiterrates sollten von Amts wegen ausser dem Betriebsdirektor auch der Vorsitzende des Betriebsrates sowie ein vom Betriebsparteikomitee benannter Vertreter dieses Komitees angehören. Die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung sollte mindestens einmal im Quartal zusammentreten. Zur Beratung stünden Fragen, die heute in den Kompetenzbereich der Arbeiterräte fallen. Die von der Konferenz angenommenen Beschlüsse wären bindend, sowohl für den Arbeiterrat als auch für den Betriebsrat und für das Betriebskomitee.

In den Produktionsbetrieben, in denen es bisher noch keine Arbeiterräte gibt, sollte sich die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung aus dem Betriebsrat und dem Betriebsparteikomitee zusammensetzen. Ist die hier dargelegte Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung etwas Neues? Formal - ja, faktisch - nein. In vielen Produktionsbetrieben kommen die Arbeiterräte, Betriebsräte und die Betriebsparteikomitees sowieso zu gemeinsamen Sitzungen zusammen, um verschiedene Produktionsprobleme ihrer Betriebe zu entscheiden.

Das Leben selbst hat ihnen eingegeben, daß dies richtig sei.

Dadurch, daß die Betriebsräte nunmehr in die Konferenz der Arbeiterselbstverwaltung und die Betriebsratsvorsitzenden in die Präsidien der Arbeiterräte aufgenommen werden, werden die Gewerkschaften zu an der Leitung der Produktionsbetriebe unmittelbar mitwirkenden Organen. Dieser Umstand muß das Interesse der Gewerkschaften mehr als bisher auf die Problematik der Produktion, insbesondere auf die Gestaltung der Produktionskosten hinlenken. Die Gewerkschaften sollen nicht nur die Betriebsräte anleiten, sondern auch anleitende, lehrende Funktionen gegenüber den Arbeiterräten ausüben.
Diese Rolle der Gewerkschaften muß vor allem im Instruieren der Arbeiterräte und auch der Betriebsräte hinsichtlich ihrer Aufgaben, Befugnisse und Arbeitsmethoden in der Institution der Arbeiterselbstverwaltung zum Ausdruck kommen.

Die zweite Rolle, die die Gewerkschaften in unserem gesellschaftspolitischem System spielen, verlangt von ihnen das Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterbelegschaften sind nur Mitbesitzer, Mitinhaber der Produktionsbetriebe und nicht ihr alleiniger Besitzer und Inhaber.
Die Arbeiterselbstverwaltungen kontrollieren die Verwaltung, die diese Betriebe leitet, sind aber nicht ihr Vorgesetzter. Zwischen den vergesellschafteten Produktionsbetrieben und der Arbeiterselbstverwaltung steht der Volksstaat als Sachwalter und Administrator des gesamten Volkseigentums, das die Form eines staatlichen Eigentums annimmt. In seinem Namen und in seinem Auftrag werden die Betriebe von der vom Staat ernannten Verwaltung geleitet.
Indem die Gewerkschaften gegen die verschiedenen Anzeichen von Bürokratie ankämpfen, die sich in den Organismus des sozialistischen Staates einschleichen, müssen sie diesen Kampf mit der Zielsetzung führen, daß der sozialistische Staat gefestigt wird. Bei der Bekämpfung von Anzeichen eines bürokratischen Verhaltens der Verwaltung zu den Arbeitern, bei der zu Recht geübten Kritik an allem, was die Verwaltung und Arbeiter verbindenden Elemente schwächt, darf nicht übersehen werden, daß der Zweck dieser Kritik nur die Verbesserung der Arbeitsweise der Verwaltung und ihrer leitenden Funktionen und damit die Hebung und Festigung ihrer Autorität als Leiter des Betriebes ist. Arbeiter und Verwaltung, das sind nicht gegeneinandergerichtete Teile der Belegschaft, das sind nur zwei Seiten eines einheitlichen Organismus, die sein Funktionieren bedingen.
Die Rolle der Gewerkschaften als Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse besteht im Grunde genommen darin, daß die Gewerkschaften eine

Benachteiligung der Arbeiter bei der Verteilung des Nationaleinkommens nicht dulden dürfen. Der sozialistische Staat als administrativer Leiter der Gesamtheit der Werktätigen muß dieses Einkommen gerecht verteilen. Aber eben darüber müssen die Gewerkschaften wachen. Der Staat, der mittels seines Apparates handelt, kann in dieser oder jener Form Tendenzen zeigen, seine vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse nicht voll zu erfüllen. Dem müssen die Gewerkschaften entgegenwirken. Der Staat kann die Tendenzen haben- und hat sie gewöhnlich - einem möglichst großen Teil des Nationaleinkommens für Investitionen zu bestimmen. Darin ist an sich nichts Schlechtes zu erblicken. Es ist die Pflicht des Staates, sich um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu kümmern. Die Gewerkschaften müssen jedoch darauf achten, daß der Staat bei der Verteilung angemessene Proportionen wahrt, daß er in seiner Investitionspolitik nicht nur die künftigen, sondern auch die augenblicklichen Interessen der Arbeiterklasse, d.h. die Notwendigkeit einer Hebung ihres Lebensstandardes berücksichtigt.

Einzelne Glieder der Staatsverwaltung können die Tendenz haben - und haben sie gewöhnlich -, die Stellenpläne übermässig auszubauen, was das Nationaleinkommen unnötig belastet. Die Gewerkschaften müssen Auswüchse in der Verwaltung energisch bekämpfen, weil das ein Kampf um eine gerechte Verteilung des Nationaleinkommens ist.

Den Gewerkschaften ist die Möglichkeit gegeben, und sie sollten auch alle Ausgaben des Staates unter dem Gesichtswinkel ihrer Zweckmässigkeit und ihrer Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen kontrollieren. Wollen also die Gewerkschaften der Arbeiterklasse treu dienen, dann müssen sie sie gleichzeitig zum Kampf um die Steigerung der Produktion und die Senkung ihrer Kosten mobilisieren und die Interessen der Arbeiterklasse bei der Verteilung des Nationaleinkommens verteidigen, sie vor verbürokratisierten Verwaltungsstellen schützen . Unter den Bedingungen des sozialistischen Staates sind diese beiden Funktionen der Gewerkschaften nicht voneinander zu trennen.
Unter den Bedingungen des sozialistischen Staates ist die Arbeiterklasse ferner vermittels ihrer Organisationen stets in der Lage, ihre Rechte zu verteidigen, ohne zum Streik greifen zu müssen. Darum ist jeder wilde Streik unvereinbar mit dem Begriff der Ordnung und der sozialistischen Gesetzlichkeit. Die hier und da stattfindenden Streiks sind ein Zeichen der unter den Bedingungen der sozialistischen-demokratischen Freiheiten vorkommenden Anarchie bezw. Anzeichen einer Tätigkeit des Klassenfeindes.

Für die Organisatoren derartiger Streiks kann es in den Produktionsbetrieben keinen Platz geben, ihrer schädlichen Tätigkeit dürfen weder die Staatsorgane noch die Gewerkschaften untätig zusehen.

Wie auf alles, ist auch auf die Arbeiterklasse mit den Augen der Realität zu blicken, sie ist so zu sehen, wie sie eben ist. Und sie ist kein in jeder Beziehung einheitlicher Block. In unserer Arbeiterklasse gibt es Teile mit hohem Klassenbewusstsein, und es gibt auch solche, die in dieser Hinsicht schwach sind. Es gibt Arbeiter seit Generationen, und es gibt Arbeiter, die soeben erst ihr ländliches Anwesen verlassen haben, und es gibt auch Halbarbeiter und Halbbauern. Unter der Arbeiterklasse gibt es Leute, die mit der Idee des Sozialismus, mit ihrem sozialistischem Staat auf Leben und Tod verschworen sind, und es gibt Leute, die ihre ganze Lebensphilosophie in die Worte kleiden: 'Mein Interesse ist, möglichst viel zu verdienen und möglichst wenig zu arbeiten.' Die Gewerkschaften können ihre Tätigkeit nicht auf die Stimmen oder Forderungen abstellen, die ein mangelhaftes Klassenbewusstsein der Arbeiter verraten, und mit den wahren Interessen der Arbeiterklasse nichts zu tun haben. Die Tätigkeit der Gewerkschaften muß der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter dienen und auf dem von den führenden Abteilungen der Arbeiterklasse repräsentierten Niveau stehen."

II. Wirtschaft

1) Konzessionspflicht für private Initiative

Wie "Trybuna Ludu" am 25. April meldet, hat die Regierung dem Parlament einen Entwurf des Gesetzes über die Konzessionspflicht für das Handwerk, die private Industrie und den privaten Handel vorgelegt.
Die Erteilung der Konzession ist gebührenpflichtig. Manche Gruppen von Interessenten (Heimkehrer, Invaliden, entlassene Verwaltungsangestellte usw.) können von den Gebühren befreit werden. Handwerkliche Einmannbetriebe sowie alle Vertreter der Privatinitiative, die in den Westgebieten ihre Tätigkeit aufnehmen wollen, sind von der Gebührenpflicht befreit.

Nach der amtlichen Begründung hat sich die Konzessionspflicht als notwendig erwiesen, da die Entwicklung der Privatinitiative in den meisten Fällen nicht der besseren Versorgung der Bevölkerung, sondern der Bereicherung einzelner Spekulanten diente. Für einen unbeteiligten Beobachter drängt sich diese Erkenntnis schon lange auf. Nichts desto weniger bekommt die Verwaltung mit dem neuen Gesetz ein Instrument in die Hände, das ihr nicht nur die Steuerung der privaten Initiative nach rationellen und berechtigten Erfordernissen des Lebens erlaubt, sondern ihr auch die Möglichkeit zahlreicher Schikanen oder gar ein Bremsen jeder privaten wirtschaftlichen Tätigkeit gibt.

Laut Angaben der Zentralverwaltung für Sozialversicherung sind in der nicht vergesellschafteten Wirtschaft gegenwärtig über 154.000 Arbeitskräfte beschäftigt gegenüber 7.313.000 Arbeitskräften in der volkseigenen Wirtschaft. Es wird damit gerechnet, daß sich die Zahl der in der nicht vergesellschafteten Wirtschaft Beschäftigten im Laufe dieses Jahres um weitere 20.000 Personen erhöhen wird.

Die meisten Arbeitskräfte beschäftigen die Privat- und Handwerksbetriebe Warschau - über 21.000 (bei 679.000 Arbeitskräften in der vergesellschafteten Wirtschaft), es folgen die Wojewodschaft Kattowitz mit 21.000 (bei 1.297.000 in der vergesellschafteten Wirtschaft) und die Wojewodschaft Posen mit rund 20.000 (bei 570.000 in der vergesellschafteten Wirtschaft.)

2) Landaufkauf- und -zerstückelung

In "Zycie Warszawy" vom 14. April heißt es:
"Das Interesse der Bauern an dem kürzlich freigegebenen Verkauf von staatlichem Boden wächst ständig. Laut Gesetz sind nur die Personen zum

Ankauf von Boden berechtigt, die eine theoretische und praktische Vorbildung haben und die Gewähr dafür bieten, daß sie einen landwirtschaftlichen Betrieb führen werden. Beim Ankauf haben die bisherigen Bebauer des staatlichen Bodens, Repatrianten sowie die Landarbeiter jener Gehöfte, die zum Verkauf bestimmt sind, den Vorrang.

Die besten Möglichkeiten zum Erwerb von staatlichem Boden gibt es in den westlichen Wojewodschaften sowie in den Wojewodschaften Posen und Bialystok und in den südlichen Regionen der Wojewodschaft Rzeszow."

Die Landwirtschaftspolitik der Partei vor dem Oktober 1956 war dahin gerichtet, die Bauern mit allen Mitteln in die Kolchosen hineinzuzwingen. Dasbrachte eine Anzahl von Anordnungen mit sich, wie z.B. das Verbot des unbeschränkten An- und Verkaufs von Grund und Boden, das Verbot der Teilung von Bauernhöfen usw.

Nach dem Oktoberumschwung fielen alle diese Beschränkungen fort. Unter vielen vorteilhaften und beabsichtigten Folgen der neuen Landwirtschaftspolitik GOMULKAs kamen aber jetzt auch solche zutage, die man in Polen mit wachsender Besorgnis beobachtet. Zu diesen nachteiligen Folgen gehört in erster Linie die fortschreitende: Zerstückelung des bäuerlichen Bodenbesitzes.
Die Struktur der Bauerngehöfte in Polen war schon vor dem Kriege ungesund. Die überwiegende Form des bäuerlichen Besitzes waren kleine, zur Rückständigkeit verurteilte Bauernhöfe. Die nach dem Kriege durchgeführte Bodenreform konnte dieses Übel nur im kleinen Maße bessern. Die Kommunisten waren nicht daran interessiert, eine wirtschaftlich starke und selbständige Bauernschicht entstehen zu lassen, weil das die späteren Kollektivierungspläne nur erschweren würde. Die Aufhebung des langjährigen Verkaufs- und Teilungsstops der bäuerlichen Gehöfte brachte jetzt eine Lawine entsprechender Anträge. Wie "Trybuna Ludu" am 1. April meldet, hat man eine zeitlang ernsthaft darangedacht, ein Gesetz über die Unteilbarkeit aller Gehöfte unter 5 oder 7 ha einzubringen. Jetzt hat man diesen Gedanken aber wieder fallen lassen. Man befürchtet, daß dies sich ungünstig auf das wachsende Vertrauen der Bauernmassen in die neue Landwirtschaftspolitik auswirken könne, und ausserdem - was allerdings im Parteiorgan unerwähnt bleibt - ziemt es sich für Kommunisten wohl nicht, das Privateigentum in der Landwirtschaft derartig zu stärken und zu vertiefen.

3) Wirtschaftliche Entwicklung von Ostpreußen

"Es ist eine Tatsache - so schreibt 'Trybuna Ludu' am 20. April - daß das

Ermeland und das Masurenland nicht das geliebte und wohlbehütete Kind Nachkriegspolens war. Dem aus den Ruinen entstehenden Lande konnte es keine Kohle und keinen Stahl geben. Es war weder ein Fenster zu Welt, wie Stettin, noch ein Industriezentrum, wie Breslau. Es ist ein Land der Wälder und L andwirtschaften."

Der dem polnischen Staat zugeschlagene Teil Ostpreußens war und ist eine wirtschaftlich nicht voll ausgenützte Provinz. Der wirtschaftliche Aufbau dieses Gebietes soll in drei Hauptrichtungen gehen. Zuerst soll hier die Viehzucht entwickelt werden, weiter soll auf der Basis des großen Waldreichtums eine weitverbreitete Holzindustrie entstehen und endlich soll dieses Gebiet, das von Natur aus durch seine reizvollen Seen und Wälder so reich ausgestattet ist, zu einem großen Touristenzentrum ausgebaut werden. Die Nähe Warschaus bestimmt das Masurenland zu einer großen Sommerfrische für die polnische Hauptstadt. Nur wenn diese drei Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Bevölkerung dieses Gebietes einen angemessenen Grad des Wohlstandes erreichen - folgert daspolnische Blatt.

4) Arbeitsprobleme in der Kohlewirtschaft

Noch Anfang 1957 gab es in den Kohlegruben über 4.600 Zwangsarbeiter (Häftlinge) und 20.000 Soldaten (hauptsächlich politisch "unzuverlässige" Rekruten). Zum Ende des Jahres gab es keine Häftlinge mehr und die Zahl der Soldaten schmolz zum Ende des ersten Quartals 1958 auf 8.000. Bis Ende 1958 soll die Arbeit der Soldaten in den Kohlegruben vollständig eingestellt werden.

Die Konsequenz der Liquidierung der Zwangsarbeit in den Gruben war das Anwachsen der Zahl von Kumpeln, die in sogenannten Arbeiterhotels leben. Im Jahre 1956 gab es 37.000 Insassen in diesen "Hotels", im Jahre 1957 - 49.000, jetzt beträgt ihre Zahl 45.000. 50.000 Grubenarbeiter müssen täglich zu ihren Arbeitsstellen gefahren werden, davon 15.000 aus einer Entfernung von mehr als 30 km. Die Gesamtzahl der Grubenarbeiter beträgt 280.000. Damit jeder von ihnen eine eigene Wohnung besitzt, muß man mindestens 100.000 bis 120.000 Wohnräume schaffen.

Die Fluktuation der Belegschaften in den Gruben ist jetzt wesentlich kleiner als vor zwei Jahren, was auf die verbesserte Entlohnung der Kumpel zurückzuführen ist. Die Arbeitsleistung pro Tag und Kopf aller im Bergbau Beschäftigten (incl. Büroangestellte) entwickelte sich in den letzten zwei Jahren wia folgt:

I. Quartal 1956 = 1113 kg
I. Quartal 1957 = 1119 kg
I. Quartal 1958 = 1163 kg

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Der Fall HLASKO

Der junge, 25-jährige Träger des diesjährigen Verlegerpreises, Marek HLASKO, ist unter den jungen Schriftstellern Polens eine einmalige Erscheinung. Alle seine jungen schreibenden Kameraden sind durch die Schule des Polnischen Jugendverbandes gegangen, waren mit 18 und 20 Jahren fanatische Kommunisten stalinistischer Prägung und haben Oden auf den Sicherheitsdienst oder Ähnliches geschrieben. Abkehr vom Stalinismus, große Diskussionen vor dem Polnischen Oktober und die Posener Revolution hatten an ihrem Gewissen gerüttelt und sie zu ebenso fanatischen Befürwortern des Oktoberumschwunges gemacht.

Der Werdegang HLASKOs war anders. Als seine gleichaltrigen und nicht viel älteren heutigen Schriftstellerkollegen noch diensteifrig nach jeder, auch kleinsten Spur einer Abweichung von der allgemein gültigen Parteilinie spürten und jeden Abweichler öffentlich zu denunzieren und anzuprangern bereit waren - verdiente sich HLASKI sauer sein Brot als Lastwagenfahrer. Er kennt aus eigener Erfahrung die Hölle des alltäglichen Daseins eines jeden ausgebeuteten Arbeiters im kommunistischen System. Aber gerade dadurch wurde ihm eine andere Hölle, durch die alle Literaten gehen mussten, erspart: Die Verlogenheit des "sozialistischen Realismus" ist HLASKO völlig fremd. Er fing an zu schreiben, als es erlaubt war, das zu schreiben, was man glaubt, empfindet und sieht.

HLASKO kennt keinen "Positiven Helden" der sozialistisch-realistischen Literatur. Sein Held ist der arme Alltagsmensch, den das Leben unter menschenunwürdigen Umständen in einem ausbeuterischen System geformt hat. Immer wieder, schonungslos und kompromißlos, malt HLASKO das materielle und moralische Elend dieser Menschen. In dieser konsequenten Darstellung der Wahrheit über das Leben in Polen vor und nach dem Oktober ist HLASKO als ein wahrer, sozialer Schriftsteller zu betrachten. Er zerstört die Fassaden und ermöglicht den Einblick in den entsetzlichen Hintergrund. Er tut das mit einer einmaligen Ausdruckskraft, wenn auch seine Jugend ihn nicht immer vor einer gewissen Maniere gehütet hat.

Die Mehrzahl seiner schriftstellernden Kameraden hat sowohl sein Talent als auch seinen Mut anerkannt. Sowohl die Scharfmacher auf dem Gebiet der Literatur als auch die Apparatschiks aus der Partei hielten ihn für einen

faitisten und Schwarzseher.

Vor wenigen Tagen machte HLASKO seine erste Auslandsreise nach Paris. Der dort erscheinenden, führenden Emigrantenzeitschrift "Kultura" trat er die Veröffentlichungsrechte für seinen, schon in Polen in Zeitungsabschnitten gedruckten Roman "Der Nächste zum Paradies" und für ein anderes Werk "Friedhöfe", das man in Polen nicht veröffentlichen wollte, ab.

Die Veröffentlichung dieser beiden Werke im Verlag "Kultura" hat die parteiamtliche "Trybuna Ludu" zu einer einmalig scharfen Attacke auf den Schriftsteller veranlasst. In der Osterausgabe dieser Zeitung wird HLASKO als Verfasser von Schmähschriften über Polen bezeichnet und beschuldigt,"den internationalen Waffenhändlern gegen den Kommunismus" diese Schmähschriften zur Verfügung gestellt zu haben.

Ein paar Wochen später wurde ein in polnisch-deutscher Gemeinschaftsarbeit entstandener Film "Der achte Tag der Woche", der auf einer Novelle von HLASKO basiert, in Polen auf dem Spielplan nicht zugelassen.

Am 30. April gab die polnische Presse bekannt, daß der Minister für Kultur und Kunst, Karol KURYLUK, seines Postens enthoben wurde. KURYLUK ist ebenfalls Schriftsteller und Journalist. Er wurde im April 1956 auf den Ministerposten berufen, als Polen die größte Pressefreiheit nach dem Kriege feierte. Seine Absetzung steht ohne Zweifel im Zusammenhang mit der weiteren Verschärfung auf dem Gebiet der Kulturpolitik in Polen.

2) Auflage der Pressepublikationen

Wie "Zycie Warszawy" am 5. April meldet, haben sich trotz Heraufsetzung der Preise für die Tageszeitungen und Zeitschriften ihre Auflagen auf fast demselben Stand wie 1956 halten können und erreichen im Durchschnitt die Höhe von 17.061.000 Exemplaren. (1956 - 17.200.000 Exemplare.)
In den ersten Monaten 1958 war ein weiterer Anstieg der Auflagenhöhen zu beobachten, die die durchschnittlichen Tagesauflagen von 1956 überschritten haben und im Januar dieses Jahres 17.400.000 und im Februar schon 17.623.000 Exemplare ausmachten. Ausserdem werden in Polen 9.125 ausländische Publikationen aus 59 Ländern vertrieben (65 Länder erhalten polnische Presseerzeugnisse, darunter 32 Tageszeitungen und 290 Zeitschriften mit einer Auflagenhöhe

von 207.000 Exemplaren).

B. Polen und das Ausland

1) GOMULKA distanziert sich von der Hetze gegen Jugoslawien

Am 3. April ging durch die polnische Presse die Nachricht, daß "im späten Frühjahr dieses Jahres " eine Partei- und Regierungsdelegation unter der Führung des Genossen TITO Polen einen Besuch abstatten wird.

Zwei Tage später veröffentlichten die polnischen Zeitungen die Äusserung des Sprechers des jugoslawischen Aussenministeriums, in der es heisst:

> "Wir sind überzeugt, daß dieser Besuch, über den wir uns aufrichtig freuen, zur Weiterentwicklung der bereits bestehenden, sehr fruchtbaren polnisch-jugoslawischen Zusammenarbeit beitragen wird."

Wenige Tage später aber ereigneten sich Dinge, die "diese sehr fruchtbare" Zusammenarbeit beinahe zerstört hätten. Kurz vor dem Beginn des Parteitages des Bundes der Jugoslawischen Kommunisten in Laibach veröffentlichte man in Belgrad den Entwurf des Parteiprogramms, der sofort einer sehr scharfen Kritik in Moskau unterzogen wurde. Die Sowjets beschlossen demonstrativ, den jugoslawischen Parteitag zu boykottieren , und zwangen andere Ostblockstaaten, sich dieser Demonstration anzuschliessen.

Diese Nachricht wurde in Warschau mit einer tiefen Niedergeschlagenheit aufgenommen. Wie man aus gut informierten Warschauer Kreisen erfährt, haben sich aber die entschlossensten Befürworter des "eigenen Weges" Polens zu einer Gegenatkon aufgerafft. Sie unternahmen alles, um GOMULKA zu überzeugen, daß er dem sowjetischen Druck in diesem Falle nicht nachgeben dürfe, ohne dabei die eigene Position zu untergraben. Dieser Argumentation seiner Freunde konnte sich GOMULKA nicht verschliessen, und so kam es zu einem Artikel, der am 23. April in "Trybuna Ludu" veröffentlicht wurde.

In diesem Kommentar zum jugoslawischen Parteitag hieß es u.a.:

> "Volksjugoslawien schreitet sicher auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus unter der Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawien. In den verflossenen beiden Jahren trat eine grundsätzliche Verbesserung in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und den anderen sozialistischen Ländern ein. Die gegenüber dem jugoslawischen Volk und dem Bunde der Kommunisten Jugoslawiens begangenen Fehler wurden wieder gutgemacht. Unsere Partei, die Arbeiterklasse und das polnischeVolk wünschen den

jugoslawischen Genossen, daß ihr VII. Kongreß unter dem Zeichen einer fruchtbringenden und richtigen Lösung der vor dem Bund der Kommunisten stehenden Probleme verlaufen. Unsere Partei steht, ähnlich wie die anderen kommunistischen und Arbeiterparteien, auf dem Boden der Selbständigkeit aller Parteien und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Gleichzeitig sind wir der Meinung, wie die jugoslawischen Genossen auch, daß eine freundschaftliche, genossenschaftliche Kritik, ein gegenseitiger aufrichtiger Meinungsaustausch für die Entwicklung jeder Partei und der internationalen Arbeiterbewegung nur förderlich sein können. Deshalb sind und können auch nicht unserer Partei die Formulierungen des Programmentwurfs gleichgültig sein, die fundamentale Probleme der Theorie und Praxis der internationalen Arbeiterbewegung betreffen.

Es muß festgestellt werden, daß gewisse Abschnitte und Formulierungen des Programmentwurfs des BdKJ, vornehmlich in seinem internationalen Teil, ernsthafte Bedenken ausgelöst haben. Dies gilt hauptsächlich für solche Probleme wie:
Die Ansichten über die gegenwärtige Entwicklung der Welt, die Ursachen und der Charakter der Teilung der Welt in zwei Blöcke, das Wesen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, die Rolle des Staates und des Staatskapitalismus in den imperialistischen Ländern, das Absterben des Staates, die nationalen Besonderheiten und die allgemeingültigen Gesetzmässigkeiten des Sozialistischen Aufbaus.
Es ist bekannt, daß die Programmkommission des BdKJ nach Veröffentlichung des Entwurfs unter Berücksichtigung der Diskussionsstimmen am Wortlaut des Programms weiter gearbeitet und in den Entwurf zahlreiche wichtige Ergänzungen und Korrekturen aufgenommen hat, während die Beratungen des Kongresses, wie anzunehmen ist, weitere positive Änderungen im Inhalt dieses wichtigen Dokumentes bringen werden. Die Treue zur Sache des Sozialismus, wofür die jugoslawischen Genossen im Verlauf der gesamten Geschichte ihrer Partei, in der Zeit des Kampfes gegen den Faschismus, sowie in den für Jugoslawien schwierigen Nachkriegsjahren Beweise erbracht haben, bestärken uns in der Überzeugung, daß die Entwicklung des Sozialismus in Jugoslawien erfolgreich vonstatten gehen wird.

Die Formulierungen des Programmentwurfs jedoch, die weit über die allein Jugoslawien betreffenden Dinge hinausgehen, konnten bei den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien, darunter auch bei unserer Partei, unmöglich keine wesentlichen Bedenken aufkommen lassen. Es ist nicht üblich, daß auf dem Kongreß einer Partei die zum Kongreß eingeladenen Vertreter anderer Parteien als Diskussionsredner auftreten. Darum hat sich auch

die Führung unserer Partei wie die Führung der anderen kommunistischen- und Arbeiterparteien entschlossen, die Teilnahme unserer Partei am VII. Kongreß des BdKJ auf die Entsendung eines Kongreßbeobachters, der der Botschafter der Volksrepublik Polen in Belgrad ist, zu beschränken.

Im Einklang mit dem Geist der polnisch-jugoslawischen Erklärung werden wir nach wie vor bestrebt sein, unsere Zusammenarbeit zu vertiefen und unsere Anschauungen auf dem Boden der Prinzipien der schöpferischen marxistisch-leninistischen Ideen einander näherzubringen."

Den Formulierungen des polnischen Parteiorgans war zu entnehmen, daß GOMULKA sich zwar nicht vollständig dem sowjetischen Druck entziehen konnte und sich deswegen von manchen Thesen des Programms der jugoslawischen Kommunisten distanzieren musste, gleichzeitig aber wurde offenbar, dass er auch nicht einen einzigen Schritt weiter gehen wollte, als es in der Zwangslage Polens unbedingt notwendig war.

Um auch jede Möglichkeit einer weiteren Verschärfung der Lage zu vermeiden, instruierte man den polnischen Botschafter in Belgrad, der dem Laibacher Parteitag als "Beobachter" beiwohnen sollte, dahingehend, er solle nicht den Anschein aufkommen lassen, daß Polen in einer geschlossenen Front der Ostblockstaaten gegen Tito stehe. Daraus ergab sich später, daß der Vertreter Polens, Botschafter GROCHULSKY, der Demonstration der anderen Ostblock-Beobachter, die während der Rede RANKOVICs den Saal verlassen haben, nicht anschloß und sogar applaudierte, was, wie man wieder aus Warschau erfährt, sogar weiter ging, als es GOMULKA gewünscht hatte.

TITO wurde in der polnischen Presse weiter als "Genosse" bezeichnet und der polnische Staatschef beeilte sich, ihm zur Wiederwahl zu gratulieren. Ob der angesagte Besuch TITOs in diesem Frühjahr noch zustande kommt, erscheint in Warschau allerdings noch fraglich.

2) Sowjetischer Staatsbesuch in Polen

Am 21. April 1945 wurde zwischen der Sowjetunion und Polen ein Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit unterzeichnet. Zum 13. Jahrestag dieses Vertrages kam eine sowjetische Staa ts- undParteidelegation unter Führung des Präsidenten WOROSCHILOW und des Präsidiumsmitgliedes des ZK der KPdSU, Frau FURZEWA, nach Polen.

Obwohl es keinen besonderen Anlaß gab, diesen Jahrestag besonders feierlich

zu gestalten, gab man sich in Warschau alle Mühe, die Bedeutung dieses Datums zu betonen und den sowjetischen Gästen einen besonders herzlichen Empfang zu bereiten.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schrieb am 21. April:

"Es gibt im Westen Politiker, die jede mögliche Gelegenheit ausnützen, um zwischen die Sowjetunion und Polen einen Keil zu treiben. Diese Kalkulationen sind hoffnungslos. Wer uns einerseits seiner Freundschaft versichert und andererseits Ratschläge gibt, die Beziehungen mit unserem Verbündeten und Freund zu 'lockern', der besitzt nicht besonders viel politisches Feingefühl. Solche Vorschläge können in Polen einen nur verständlichen Verdacht hervorrufen."

Auf dem feierlichen Empfang bezeichnete GOMULKA den vor 13 Jahren geschlossenen Pakt als "wichtigste Garantie der Sicherheit unseres Landes" und sprach von der "unzertrennlichen Einheit und Solidarität der sozialistischen Länder." Er betonte, daß die Zusammenarbeit und Solidarität Polens und der Sowjetunion in erster Linie in Anbetracht der Drohung einer Aggression des deutschen Imperialismus geschah. Als der Pakt geschlossen wurde, lag das Nazireich am Boden, aber schon heute geht "in immer schnellerem Tempo der Prozeß des Wiederaufbaus des deutschen Militarismus in der Bundesrepublik vonstatten. Man greift jetzt schon nach der Atomwaffe, die deutschen Militaristen lehnen politische Vorschläge zur Schaffung einer atomfreien Zone ab. Die Pläne der deutschen Militaristen und Revanchisten sind gegen Polen und seine Westgrenze, gegen die DDR und gegen den Frieden in Europaund in der Welt gerichtet.

Zehn Tage (vom 17. bis 26. April) dauerte der Aufenthalt der sowjetischen Delegation in Polen. Die politische Hauptfigur in der Delegation war die Vertraute CHRUSCHTSCHOW s, Frau FURZEWA. Der Aufenthalt der sowjetischen Delegation fiel mit der Sowjethetze gegen die Kommunisten Jugoslawiens zusammen. Es war sicher eine zusätzliche Belastung für GOMULKA, einem direkten sowjetischen Druck ausgesetzt zu werden, obwohl, wie man in Warschauer politischen Kreisen betont, das Auftreten der sowjetischen Gäste in dieser Angelegenheit äusserst maßvoll war.

Zum Abschied der sowjetischen Gäste erschien aber am 28. April in "Trybuna Ludu" ein Kommentar, der wie eine Mahnung klang:

"Der Aufenthalt des Genossen Woroschilow in Polen und Worte, die von beiden Seiten fielen, weisen darauf hin, daß uns eine Gemeinschaft der Gedanken und des Bestrebens in den wesentlichsten Fragen des Kampfes um Frieden

und internationale Entspannung und den großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaues verbindet. Vorbedingung eines Sieges ist die Einheit der sozialistischen Länder, eine Einheit, gestützt auf die leninschen Prinzipien der Freundschaft und Zusammenarbeit, der Gleichberechtigung und Achtung der Souveränität. Je genauer diese Prinzipien beachtet werden, um so vorteilhafter sieht die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern aus, und um so fester ist die Basis, auf der die Freundschaft und Brüderlichkeit beruht."

3) Polnisch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen

Anfang April weilte eine polnische Wirtschaftsdelegation unter Führung des Vorsitzenden der Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI , mehrere Tage in Moskau. Es wurde ein Abkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen in den Jahren 1961 bis 1965, also für die Periode des nächsten Fünfjahrplanes, unterzeichnet.

Der polnische Chefdelegierte fasste nach seiner Rückkehr nach Warschau vor der Presse seine Eindrücke folgendermassen zusammen: (Lt. "Zycie Warszawy" vom 12. April):

"Unsere Hauptaufgabe war die vorläufige Festlegung des gegenseitigen Warenaustausches zwischen Polen und der UdSSR für die Jahre 1961-1965, für den Zeitraum unseres nächsten Fünfjahrplanes also. Den getroffenen Vereinbarungen kommt grosse Bedeutung für die Entwicklung unserer Wirtschaft zu. Das Wesen des Abkommens besteht vor allem darin, daß die Planungsorgane beider Seiten die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder richtig abstimmen werden können unter Berücksichtigung der gegenseitigen Bedürfnisse und Liefermöglichkeiten. Vor allem wurde uns die kontinuierliche Lieferung von industriellen Rohstoffen zugesichert, der in Anbetracht unserer recht schmalen Rohstoffbasis besondere Bedeutung zukommt. Die von der SU garantierten Lieferungen von Erdöl und Erdölprodukten werden in Verbindung mit den Importen aus den anderen traditionellen Auslandsquellen mit der eigenen Produktion den wachsenden Landesbedarf voll abdecken. Ein ebenso wichtiges Abkommen ist die Sicherstellung von Eisenerz-, Manganerz- und Chromlieferungen aus der UdSSR. Die Eisenerzlieferungen aus der UdSSR werden neben den anderen Erzlieferungen aus dem Ausland sowie unserem eigenen Erz- und Schrottaufkommen uns in die Lage versetzen, bis 1965 eine Produktionssteigerung auf 8,5 Millionen Tonnen Stahl zu veranschlagen. Der Export von Erzeugnissen des polnischen Maschinenbaues wird sich stark erhöhen. Dieser Industrie wird damit in der UdSSR ein sehr aufnahmefähiger und von konjunkturellen Schwankungen

unabhängiger Absatzmarkt erschlossen.

Der Schiffbau wird aufgrund des unterzeichneten Abkommens Aufträge für eine Reihe von Schiffen mehrerer Typen hereinbekommen.
Die Eisenbahnindustrie wird weiterhin Güter- und Personenwaggons exportieren.

Die UdSSR ist zurzeit unser bedeutendster Aussenhandelspartner und wird - nach dem Abkommen zu urteilen - diese Position im kommenden Jahrfünft noch weiter ausbauen."

In Warschau quittierte man dieses Abkommen mit den Sowjets mit der resignierten Feststellung, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von der SU nun noch größer sein wird, als es die Entwicklung nach dem Oktober versprach. Die Kalkulation auf eine wesentlich ausgebaute wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit dem Westen hat sich als nicht realisierbar erwiesen. Die Konsequenz in Form einer stärkeren Anlehnung an die SU konnte nicht ausbleiben.